

Thomas Poreski

**Über den Tellerrand hinaus:
Perspektiven einer nachhaltigen
Sozialpolitik und die Rolle eines
Grundeinkommens zur
Armutsbekämpfung**

21.07.2020

#Grundeinkommen wird Grundsatz
Grünes Netzwerk Grundeinkommen

» **I. Megatrends: Chancen und Risiken**

- » Digitalisierung
- » Industrie 4.0 und Arbeit 4.0
- » Grenzen des bisherigen Wachstums
- » Strukturwandel, bspw. Mobilitätswende inklusive E-Mobilität und Energiewende
- » Ökologischer Umbau der Wirtschaft
- » Demografische Entwicklung
- » Migration
- » **NEU: Auswirkungen der Corona-Pandemie**

II. Neue soziale Fragen

- Mit Hartz IV wurden breite Mittelschichten von sozialen **Abstiegsängsten** erfasst.
- **Erwerbsbiografien** werden zunehmend unstet und **brüchig**.
- Mehr **prekäre Beschäftigungsverhältnisse**.
- Die **Spaltung zwischen Arm und Reich, verschärft durch CumEx / CumFake / fehlende Finanzwende**.
- Die Zahl der **Working Poor** wächst, nicht nur unter den Geringqualifizierten; Stichwort u.a. Wohnen.

Problematische Gleichzeitigkeiten

- Zunehmende **Verteilungsungleichgewichte** bei (Netto)Einkommen und Vermögen, **Mittelschicht** kommt unter die Räder.
 - Intransparentes und widersprüchliches Steuer- und Abgabensystem.
 - **Lohnabstandgebot** bei Transferbeziehern verletzt, trotz (zu) niedriger Transfers
 - **Unterfinanzierung der öffentlichen Hand** (legale Steuerflucht, bei hohen Einkommen zu niedrige Steuersätze und Umgehungstatbestände); es fehlen **Milliarden** für Kinderbetreuung, Investitionen in die **öffentliche Infrastruktur** (inkl. Energie- und Verkehrswende, Gebäudesanierung) und in den **sozialen Zusammenhalt** (inkl. Pflege).
- Ausgabenkritik ist unabhängig davon notwendig!***

4,2 Mio.	Arbeitslosengeld II -Beziehende, davon: 0,75 Mio. Langzeitarbeitslose 0,75 Mio. sonstige Arbeitslose 1,15 Mio. Erwerbstätige
1,7 Mio.	Sozialgeld -Beziehende (Kinder in „Hartz IV“)
1,1 Mio.	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit,
0,6 Mio.	Hilfe zum Lebensunterhalt und Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz
7,6 Mio.	Grundsicherungsbeziehende
4-5 Mio.	Verdeckt Arme (Anspruch auf Grundsicherung ohne Bezug), vor Allem Erwerbstätige (häufig: Vollzeit, mit Kindern) und Ältere
12-13 Mio.	Grundsicherungsberechtigte

» **III: Kritik an der bisherigen Grundsicherung**

- » Kompliziertes System, 20 Seiten Anträge
- » Kaum Belohnung von Erwerbstätigkeit
- » Erwerbstätigkeit „um jeden Preis“ statt Selbstbestimmung
- » Sanktionen statt Belohnung
- » keine eigenständige Grundsicherung, Haushaltsbezug
- » diverse Sicherungslücken
- » nicht alle werden abgesichert, zum Beispiel:
 - Studierende, die keinen Anspruch auf BAföG (mehr) haben
 - nichterwerbstätige Eltern mit Kindern über 3 Jahre,
- » Problem verdeckte Armut – Antragsleistung...
- » stigmatisierend und ausgrenzend
- » Höhe reicht nicht zur Teilhabe aus

IV. Grenzen bisheriger Lösungsstrategien gegen materielle Armut

Sozialverbände / **Bündnis 90/DIE GRÜNEN** / **Die Linke** fordern:

- Höhere **Leistungen**
- **Individuelle** Ansprüche statt Haushaltsbezug
- Bessere **Zuverdienstmöglichkeiten**
- Mehr **Schonvermögen, weniger Repression**

Doch ein **aufgepepptes Hartz IV** hat problematische Nebenwirkungen:

- ***Viele aufstockende Hartz IV-Haushalte wären damit besser gestellt als Normalverdienerhaushalte.***
- ***Die Zahl der bedürftigkeitsgeprüften Empfänger/innen würde sprunghaft ansteigen und das System sprengen.***
- ***Verdeckte Armut und Stigmatisierung bleiben.***

V. Eine neues Paradigma, freiheitlich und sozial

Manuel Emmler und Thomas Poreski 2005 (mehr auf www.grundsicherung.org):

***Kein „Ende der Erwerbsgesellschaft“,
aber fundamentaler Wandel.***

Deswegen:

***Umfassende Sicherung, die brüchige Erwerbsbiografien
stützt, Teilzeit begünstigt, Benachteiligte auf dem
Arbeitsmarkt stärkt, Anreize zur Erwirtschaftung eigenen
Einkommens setzt und Existenzgründungen erleichtert.***

Lebensrisiken wie Alter, Gesundheit, Pflege und Arbeitslosigkeit
werden steuerfinanziert abgesichert.

1. Eckpunkte

- **Unbürokratisches Steuer- und Transfersystem**, in dem die **Mehrheit** der Bevölkerung ein deutlich **höheres Nettoeinkommen** hat als heute.
- **Voll gegenfinanziert**, nicht zu Lasten öffentlicher Güter wie Bildung, Kinderbetreuung und soziale Dienstleistungen.
- **Höhere Einkommen** werden **stärker belastet** – aber nicht stärker als in Skandinavien.
- **Steuerfinanzierte Bürgerversicherung für Gesundheit/Pflege**
- **Anerkennung individueller Sonderbedarfe**, u.a. Wohnkosten und Nachteilsausgleich in besonderen Lebenslagen wie Behinderungen.
- Realistische **Höhe der Geldleistung** (2018): 700 Euro für Erwachsene, 550 für Kinder, 900 im Alter (mit Übergängen).
→ **Partielles Grundeinkommen**

2. Individualisiert.

Nur Wohnbedarf haushaltsbezogen

3. Bedürftigkeitsprüfung

nicht für den Sockel, aber für individuelle Sonderbedarfe.

4. Zusatzleistungen / Bedarfsaufstockung

- Individuelle Bedarfsprüfung bei Rechtsansprüchen wie Pflege und Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen.
- Haushaltsbezogene Bedarfsprüfung bei den Kosten der Unterkunft (regional gestuft und pauschaliert).

5. Integriertes Steuertransfersystem

Negative Einkommensteuer: Bei Einkommen unterhalb der Transfergrenze wird das Grundeinkommen ausbezahlt, darüber wie ein Freibetrag von der Einkommensteuer abgezogen. Dieser Freibetrag ersetzt die bisherigen Freibeträge!

Arbeits- und Vermögenseinkommen werden voll **besteuert**; Renten und Pensionen abhängig von Rentenreform.

Verfassungskonforme **Vermögenssteuer**.

Erbschaftssteuer (anfangs 5 Mrd. Ertrag; mittelfristiges Ziel: 10% des Erbschaftsvolumens, dafür voll deckende Pflegeversicherung).

Grundeinkommenssockel ist steuerfrei.

6. Absicherung bei Erwerbstätigkeit

erfolgt, auch von Selbständigen, durch den unverlierbaren Grundeinkommenssockel ohne Anrechnung von Ersparnissen.

Durch den Grundeinkommenssockel ist ein **Teilzeiteinkommen** in der Gesamtbesteuerung gegenüber Vollzeitarbeit relativ **begünstigt**.

7. Verhältnis zu sozialen Sicherungssystemen

Grundlinie: Bürgerversicherung für Rente, KV/PV und Arbeitslosengeld I

Krankenversicherung und Pflegeversicherung (Trennung GKV / PKV wird aufgehoben): Ohne Beitragsbemessungsgrenze, **einheitlicher (prozentualer) Beitragssatz auf alle Einkünfte.**

Alter: **Bisherige Rentenversicherungsansprüche bleiben** erhalten, Weiterentwicklung zur **Bürger/innenversicherung, Mindestrente** inkl. Wohnkostenpauschale.

Arbeitslosenversicherung (ALG I): bleibt, Grundeinkommenssockel (evtl. mit integrierter Wohnkostenpauschale) wird zusammen mit dem ALG I ausgezahlt. Entsprechendes gilt für das Elterngeld.

8. Unverzichtbare / variable Elemente

Unverzichtbar ist der **nicht bedürftigkeitsgeprüfte** Sockel und die darauf basierende Option für ein **integriertes Steuer- und Transfersystem**.

Ebenso **ergänzende** bedarfsgeprüfte **Rechtsansprüche** in besonderen Lebens- und Notlagen (Behinderung, Pflege, Wohnungslosigkeit).

Andere Elemente sind variabel.

9. Zahl der Begünstigten

- Die heute ca. 7,6 Mio. **Grundsicherungsempfänger_innen** plus über **vier Millionen verdeckt Arme**.
- Die **Mehrheit der Haushalte mit Erwerbseinkommen** – dank positiver Nettowirkung.
- Für die meisten **Rentner/innenhaushalte** ist das Konzept anfangs **neutral**, es gibt aber eine **Mindestrente**. Dadurch ergibt sich eine verbesserte eigenständige Absicherung v.a. von Frauen.

10. Kosten und Finanzierung

Ersetzt werden steuerfinanzierte Transfers wie Kindergeld, der größte Teil des Elterngeldes plus Kinderzuschlag, BAföG, Geldleistungen in Hartz IV und deren Bedarfsprüfung.

Zur Finanzierung des verbleibenden Volumens: Mix aus einer reformierten Einkommens- und Vermögensbesteuerung (progressiver Steuertarif, Spitzensteuerbelastung 50 Prozent) und ökologischen Verbrauchssteuern.

11. Kompatibel: Ökologische Finanzreform mit Abschaffung von Ausnahmen bei der bisherigen ökologischen Besteuerung.

Umsetzung:

Alternative 1: Dabei wird durch eine Energie- und Ressourcenbesteuerung unerwünschter Verbrauch verteuert und die eingenommenen Gelder als „**Öko-Bonus**“ wieder an die Bevölkerung zurückgegeben.

➤ **zusätzliches Öko-Grundeinkommen**

Alternative 2: Verbrauchssteuern belassen, aber umbauen (CO₂-Steuer statt Stromsteuer etc.)

Heute ist die Steuerbelastung im unteren und mittleren Einkommensbereich sehr hoch, im oberen dagegen zum Teil bei unter 20 Prozent.

Der reale Durchschnittssteuersatz auf alle Einkommen (Arbeitnehmer-Bruttolöhne und Gehälter, einmalige Zahlungen, Selbstständige, Nebentätigkeiten, Zinsen, Einkünfte aus Vermietung und Verpachtung) **liegt heute bei ca. 16 Prozent.**

- Mit dem Grundeinkommen liegt **im Rechenmodell** der nominale **Steuersatz bei 35 Prozent, die nominale Gesamtbelastung inklusive SV bei 50 Prozent.**
- Die **reale Einkommensbelastung** bewegt sich zwischen einem kräftigen Minus – negative Einkommenssteuer in Höhe des Grundeinkommens – und 50 Prozent.
- Es fließt weiterhin das bisherige Volumen in den Staatshaushalt, der Rest ist das effektive Grundeinkommen!
- ***Deshalb verändert sich die reale durchschnittliche Steuerbelastung in der Gesamtbevölkerung gegenüber dem heutigen Zustand nicht.***

Das Finanzvolumen des Grundeinkommens steht nicht für „Mehrkosten“, sondern bedeutet eine direkte Verteilung zwischen den Bürger*innen.

Eine solche Differenz gibt es indirekt mit dem jetzigen System ebenfalls, denn die nominalen Steuersätze schwanken zwischen 15 und 42 Prozent (plus Soli), während im Ergebnis der durchschnittliche Steuersatz bei unter 20 Prozent liegt.

Das nicht in den Steuertopf fließende Volumen hat also eine Verteilungswirkung – wie heute z.B. der steuerliche Grundfreibetrag. Mit dem Grundeinkommen ist das Verteilungsvolumen aber sehr viel höher.

12. Beiträge zur Sozialversicherung

Die bisherigen beitragsbezogenen Systeme bleiben erhalten, allerdings ohne Beitragsbemessungsgrenze und unter Einbeziehung aller Einkommen (**Bürgerversicherung**). Dadurch können die Beiträge zu den Sozialversicherungen sinken, das Volumen der Sozialversicherungen ändert sich dadurch nicht!

Weiterer Eckpunkt: **Integration einer Mindestrente** in das Rentensystem.

13. *Wirkung auf die Nettoeinkommen*

- Das Grundeinkommen wird mit der Steuerlast verrechnet d.h. der Grundeinkommensbetrag wird von der Einkommensteuerschuld abgezogen.
- **Wegen der gegenseitigen Verrechnung sprechen wir auch von der ‚negativen Einkommenssteuer‘.**

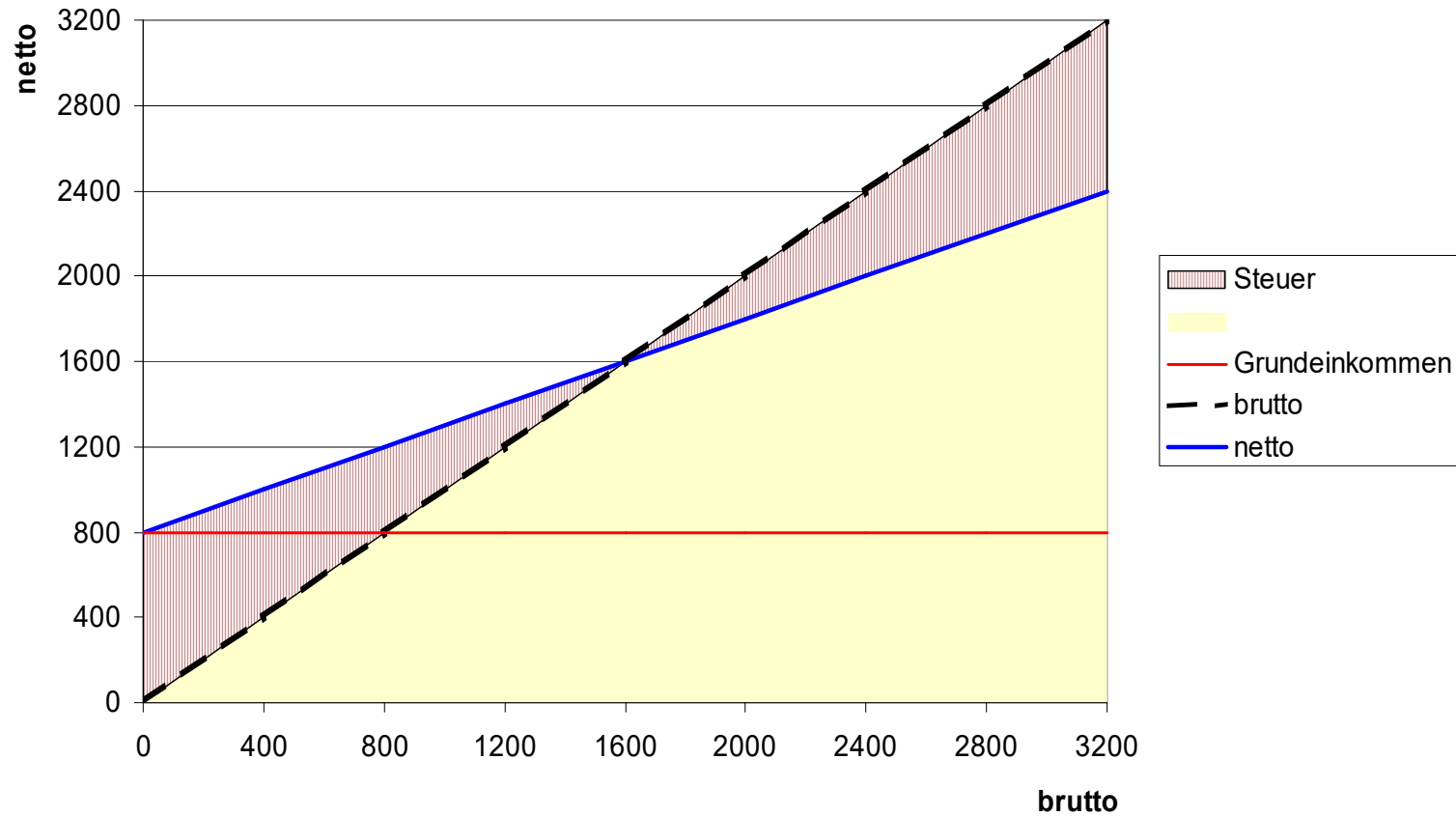
Pro Erwachsenenem liegt die Schwelle, bis zu der ein Einkommen steuerfrei ist

bei 1400 Euro monatlich pro Erwachsenenem
(Steuerfreibetrag jährlich von 16.800 Euro)

- bei 1100 Euro monatlich pro unter 18jährigem Haushaltsmitglied
(Freibetrag jährlich 13.200 Euro).

D.h. ein Alleinerziehendenhaushalt mit 2 Kindern zahlt ab 3600 Euro brutto Einkommensteuer, ein klassischer 4-Personenhaushalt ab 5000 Euro.

Wirkungsprinzip: Grundeinkommen als Negative Einkommensteuer



Quelle: Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn, Vortrag
Grundeinkommen, November 2018

- **Fazit:** Das partielle Grundeinkommen ist ein umfassendes Steuer- und Transferkonzept, das Chancen-, Verteilungs- und Zugangsgerechtigkeit vernetzt:
- **Zusätzliche monetäre „Leistungsanreize“**, nicht zuletzt im unteren Einkommensbereich.
- **Lebensverhältnisse mit Kindern verbessert – Vermeidung von Kinderarmut.**
- **Transparenz ohne Schlupflöcher.**
- **Nicht nur die negative Einkommensteuer ist gedeckt, auch die Finanzausstattung der öffentlichen Haushalte verbessert sich.**
- **Besondere Adressat/innen sind Bezieher/innen von kleinen und mittleren Einkommen, Menschen mit unsteten Erwerbsbiografien und kleine Selbständige, Haushalte mit Kindern, Erwerbslose, Menschen in Ausbildung und Studierende ---> >90%.**

Führt das Grundeinkommen zu gesellschaftlicher Teilhabe?

Das **materielle Minimum** wird für die große Mehrheit der bisher Armen **ohne Antrag** gewährleistet.

Bei ihnen und bei denen, die einen Antrag auf ergänzende Leistungen (Hilfe in besonderen Lebenslagen und Wohngeld) stellen, wird das bisherige **Niveau angehoben**. Die materielle Absicherung verhindert für viele die Armut.

Das gestärkte **Selbstvertrauen** der Grundeinkommensbezieher/innen verbessert die **Durchsetzungschancen** am Arbeitsmarkt und von Bildungsangeboten.

Ohne Existenzangst kann sich **Kreativität** entfalten.

Durch das Grundeinkommen kann sich das Fachpersonal in den **Jobcentern** voll auf die Beratung und Vermittlung, also auf die **individuelle Förderung**, konzentrieren.

- **Das vorgeschlagene, bei den Grünen diskutierte Grundeinkommen unterscheidet sich von anderen dadurch, dass es freiheitlich und sozial motiviert ist.**
- Krasse soziale Spaltungen in Arm und Reich, wie wir sie zunehmend erleben, untergraben dagegen das Fundament einer offenen und demokratischen Gesellschaft. Deswegen ist eine bessere **Verteilungswirkung** der Steuer- und Transferpolitik **unabdingbar**.
- *Ebenso gilt: Ein Ersatz aller Sozialsysteme, im Tausch gegen ein sehr hohes Grundeinkommen, ist nicht nur schwer zu finanzieren. Es ist auch nicht sinnvoll, da es immer Lebenslagen gibt, die eine besondere Zuwendung erfordern.*
- **Marktwirtschaft hat Zukunft, wenn sie ökologisch und sozial ist.**

Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

Thomas Poreski
21.07.2020